

Netzwerk der Moralisten

Tax Justice Network Die in London domizilierte Organisation brandmarkt die Schweiz als weltweit wichtigste Steueroase. Der Vordenker sitzt in Bern.

SYNES ERNST

Das Zimmer im älteren Wohnhaus des Berner Nordquartiers ist afrikanisch ausgestattet – Skulpturen aus Afrika und Bilder von schwarzen Künstlern. Vor dem Fenster steht ein Bananenbaum mit riesigen Blättern. Dahinter sieht man den Turm der Johanneskirche. «Die Entwicklungspolitik hat mein ganzes Leben geprägt», sagt Bruno Gurtner.

Der 68-jährige Ökonom ist einer der führenden Köpfe des internationalen Netzwerks für Steuergerechtigkeit, des Tax Justice Network (TJN). Dieses führt einen Feldzug gegen die Steueroasen, insbesondere gegen die Schweiz. Vor kurzem setzte TJN den hiesigen Finanzplatz auf den ersten Platz der Rangliste mit den schädlichsten Schattenfinanzzentren der Welt. Auf die Schweiz folgen Cayman Islands, Luxemburg, Hongkong und die USA.

Diese Liste ist eine willkommene Steilvorlage für den französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy.

Zum Abschluss des G20-Gipfels sagte er: «Wir haben uns entschlossen, Steueroasen nicht länger zu tolerieren.» Sarkozy nannte elf Staaten, die keinen gesetzlichen Rahmen zum Austausch von Steuerinformationen hätten, darunter auch die Schweiz und Liechtenstein, und drohte ihnen mit der «Ächtung in der internationalen Gemeinschaft».

Für Gurtner sind solche Äusserungen Balsam. Seit 2007 ist er Präsident des elfköpfigen TJN-Vorstands, was für ihn die Krönung seiner langen beruflichen Karriere bedeutet. Seine erste Anstellung fand er beim damaligen Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit. Nach einem Aufenthalt in Südamerika arbeitete Gurtner bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung, wo er die Botschaft des Bundesrats zur SP-Reichtumssteuer-Initiative schrieb. Das war 1975.

Dann wechselte er in die Entwicklungspolitik. Zuerst ging er in die Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt, die mit dem Prozess gegen Nestlé bekannt wurde. Später wechselte Gurtner zum Informationsdienst Dritte Welt (i3w) und landete schliesslich bei Alliance Sud, der Arbeitsgemeinschaft der sechs Entwicklungsorganisationen Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks. Hier war Gurtner verantwortlich für internationale Finanzfragen. Dieser Politikbe-

reich gewann nach dem Beitritt der Schweiz zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds (IWF) ab 1992 stark an Bedeutung.

Vernetzung wichtig

Gurtner verfolgte stets dieselben Themen: Transparenz auf den Finanzmärkten, Kapitalflucht aus Entwicklungsländern und Umgang mit Potentatengeldern. Die Idee eines internationalen Netzwerkes für Steuergerechtigkeit entstand am ersten Europäischen Sozialforum von 2002 in Florenz und ein Jahr später am World Social Forum in Porto Allegre. Das Vorhaben konkretisierte sich im November 2004 mit der Gründung des TJN mit internatio-



«Die Arbeit wird uns so bald nicht ausgehen.»

Bruno Gurtner
Tax Justice Network

nalem Sekretariat in London. Dieses zählt derzeit 52 Nichtregierungsorganisationen als Mitglieder und wird vom Entwicklungsökonom John Christensen geführt. Dieser kennt die Praxis in den von TJN anvisierten Steueroasen aus eigener Erfahrung. Vor seinem Seitenwechsel arbeitete er bei einem Trust auf der britischen Insel Jersey.

Neben Christensen und Gurtner ist Nicholas Shaxson massgeblich für die Politik des TJN verantwortlich. Sein jüngstes Buch «Schatzinseln: Wie Steueroasen die Demokratie untergraben» ist ein Plädoyer für eine fundamentale Reform des gesamten Finanzsystems.

Der neue Angriff auf den Finanzplatz Schweiz trifft den Bundesrat im dümmsten Moment. Dieser versucht, einen Schlusspunkt hinter die weltweite Kampagne gegen das Bankgeheimnis zu setzen, die im Frühjahr 2009 mit der ominösen schwarzen Liste der OECD begann. Um sich vom Vorwurf der Steueroase reinzuwaschen, setzt der Bundesrat auf neue Doppelbesteuerungsabkommen. Darin ist festgehalten, dass die Schweiz gemäss Artikel 26 des OECD-Musterabkommens neu auch bei Steuerhinterziehung ausländischen Steuerämtern Auskunft gibt. Mit Abgeltungssteuern will Bern zudem den Bedürfnissen Deutschlands und Grossbritanniens noch weiter entgegenkommen.



Paradeplatz in Zürich: Frankreichs Präsident Sarkozy geisselte am G20-Gipfel die Steueroase Schweiz.

Schliesslich bekundet die Schweiz mit einem neuen Amtshilfegesetz, wie ernsthaft sie sich um mehr Transparenz im Finanz- und Steuerbereich bemüht.

Sinnigerweise lobte die OECD im Vorfeld des G20-Gipfels die Schweizer Lösung ausdrücklich. Die Doppelbesteuerungs- und Abgeltungssteuervereinbarungen stünden im Einklang mit den OECD-Standards, hiess es – doch mit Sarkozys Äusserungen und dem hartnäckigen Vorgehen von TJN droht das Wohlwollen zu kippen. Die vom Netzwerk erhobenen Vorwürfe gegenüber der Schweiz wurden von der renommierten britischen Zeitschrift «Economist» gleich von zwei langen Artikeln zum Thema Steueroasen sekundiert.

Die Schweiz nimmt die Vorwürfe von TJN nicht auf die leichte Schulter. Laut Thomas Sutter von der Schweizerischen Bankiervereinigung gilt das Netzwerk als «bedeutende Organisation» im Bereich der Steuern und Finanzen, auch wenn es die Problematik «unter einer ideologischen Brille und ausschliesslich unter dem Aspekt der völligen Transparenz» betrachte. Mario Tuor, Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen (SIF), attestiert dem TJN, «dass es sich ernsthaft mit der Sache auseinandersetzt».

TJN will gemäss eigenen Aussagen «die Bedeutung von Steuern und die schädlichen Folgen der Steuerhinterziehung, Steuervermeidung, Steuerwettbewerb und Steueroasen beschreiben, analysieren und erklären». Im Schattenfinanzindex sieht es «ein Werkzeug zum besse-

ren Verständnis der Welt der globalen Finanzflüsse, der Korruption und illegalen Finanztransaktionen». TJN geht es allerdings nicht nur um entgangene Steuereinnahmen: «Die übertriebene Geheimhaltung stört Handels- und Investitionsflüsse und schafft ein kriminelles Umfeld und sichere Schlupflöcher für diverse Straftaten, darunter Kapital- und Steuerstraftaten.» Schattenfinanzzentren würden durch politische Entscheide Rahmenbedingungen für Banken und Finanzdienstleister schaffen, dank denen Gesetze und Regeln in andern Ländern unterlaufen werden könnten.

Entsprechend lautet die Schlussfolgerung des TJN: «Das Hauptinstrument zur Begünstigung von Kapital- und Steuerflucht ist dabei die Geheimhaltung.» Sie beginne dort, «wo Banken und Finanzdienstleister sich weigern oder nicht verpflichtet sind, den Behörden notwendige Informationen bereitzustellen».

EU in der Verantwortung

Nach Meinung des TJN liegt ein «massgeblicher» Teil der Verantwortung bei der EU. Sie soll das Problem der Schattenfinanzzentren lösen, da fast die Hälfte der Top 20 des Index EU-Mitglieder sind. Auch die OECD möchte das Netzwerk vermehrt in die Pflicht nehmen: Der OECD-Standard werde zwar «als kooperatives, respektables und transparentes Verhalten» vermarktet, sei «aber von erschreckender Wirkungslosigkeit». Wenn eine ermittelnde Steuerbehörde aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens nach OECD-Muster Informationen aus einem Schattenfinanzzentrum wolle, müsse sie praktisch schon über alle Beweise verfügen. Das TJN: «Das hat nichts mit effektivem Informationsaustausch zu tun.»

Der automatische Informationsaustausch ist denn auch das von TJN angestrebte Ziel. Nicht zuletzt deshalb wirft es der Schweiz vor, sie schliesse, wie jetzt im Fall von Deutschland und Grossbritannien, Abgeltungssteuerabkommen nur ab, um die Einführung des automatischen Informationsaustausches auf europäischer Ebene zu unterlaufen.

Diese Kritik kontert SIF-Sprecher Tuor mit der Bemerkung: «Wir bezweifeln, dass der automatische Informationsaustausch die bessere Lösung ist. Dabei werden eine Menge schwer auszuwertender Daten gesammelt, aber Steuern sind damit noch nicht bezahlt. Bei der Abgeltungssteuer hingegen fliesst Geld, was insofern auch den Anspruch der Gerechtigkeit erfüllt, als wir möglichst viele dazu bringen, dass sie ihre Steuern bezahlen.» Aus Schweizer Sicht sei die von TJN propagierte Alternative «nicht überzeugend», sagt Tuor. «Das Netzwerk verfolgt ein Ideal und übersieht, dass in Wirklichkeit der Fortschritt in pragmatischen Schritten erfolgt.»

Auf dem Schattenfinanzindex rangiert die Schweiz nicht nur deshalb zuoberst, weil sie den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen ablehnt oder weil im Inland weiterhin das Bankgeheimnis gilt. Nach Meinung von TJN sind auch die Informationen über die wirtschaftlichen Eigentümer von Unternehmen mit ihren Tochtergesellschaften oder von Stiftungen ungenügend. Minuspunkte gibt es schliesslich auch dafür, dass die Schweiz, deren globales Gewicht ebenfalls berücksichtigt wurde, keine Offenlegung länderbezogener Daten von börsennotierten Unternehmen verlangt. Vor diesem Hintergrund kommentiert Gurtner: «Die Arbeit wird uns so bald nicht ausgehen. Das steht für uns fest.»

TAX JUSTICE NETWORK

Transparenz auf der ganzen Linie

Steueroasen Auf dem Schattenfinanzindex von Tax Justice Network (TJN) liegt die Schweiz ganz vorne. Dann folgen Cayman Islands, Luxemburg, Hongkong, USA, Singapur, Jersey, Japan, Deutschland, Bahrain, Britische Jungferninseln, Bermuda, Grossbritannien, Panama, Belgien, Marshall Inseln, Österreich, Dubai, Bahamas und Zypern.

Schweizer Mitglieder Dem TJN gehören aus der Schweiz die folgenden Nichtregierungsorganisationen an: Alliance Sud-Caritas, Erklärung von Bern, Brot für alle, Fastenopfer.

Vernetzung Neben den Mitgliederorganisationen arbeiten im TJN unter anderem auch Finanz- und Steuerexperten, Juristen sowie Wissenschaftler und Gewerkschafter mit.

Transparenz Neben dem automatischen Informationsaustausch in Steuer-sachen gehört zu den zentralen Forderungen von TJN das Country-by-Country Reporting, eine länderbezogene Offenlegungspflicht für Unternehmen, wie sie die USA für Rohstoffunternehmen schon kennt. TJN will zudem mehr Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen von Unternehmen, Tochtergesellschaften, Stiftungen, Trusts sowie klare Regeln für das unternehmensinterne Transfer Pricing (interne Verrechnungspreise). TJN sieht angesichts des Volumens (40 bis 60 Prozent des Welthandels läuft über firmeninterne Kanäle) hier ein grosses Missbrauchspotenzial und fordert deshalb, dass firmenintern Marktpreise verrechnet werden, auch für Beratungen, Patente, Markenrechte und Kredite.